

# GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER

Menschenrechtsorganisation für ethnische, rassische und religiöse Minderheiten

Society for Threatened Peoples · Association pour les Peuples Menacés · Asociación para la defensa de los pueblos amenazados

*Krieg in Kurdistan, Karabach, Bosnien, Kroatien - Solidarität mit den Opfern*

Göttingen im Sommer 1992

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

neben Serbien entwickelt sich derzeit die Türkei zum aggressivsten Staat in Europa. Aus der Bundesrepublik gelieferte Waffen tauchen plötzlich bei den Angreifern in Aserbeidschan auf. Übergriffe auf kurdische Dörfer bis weit hinein in den Irak werden weder von der deutschen Öffentlichkeit noch von den NATO-Mitgliedstaaten sanktioniert. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien findet kein Ende. Auf der Jahresversammlung unserer Menschenrechtsorganisation am letzten Mai-Wochenende sprachen zu uns drei Augenzeugen aus den Kriegsgebieten Kroatiens und Bosniens: Jany Hansal, Mutter von vier kleinen Kindern, war aus Dubrovnik gekommen und vertrat die Organisation "Bastion der Liebe". Diese kroatische Frauenbewegung protestiert mit friedlichen Mitteln gegen die Aggression der früheren Bundesarmee und holten die Söhne und Männer aus den Kriegsgebieten. Sie schilderte eindringlich die brutale Zerstörung des mittelalterlichen Dubrovnik und das monatelange Ausharren seiner Bewohner in den Kellern der Stadt.

Viele Europäer, auch Deutsche, wenden sich mit Unverständnis ab von dem Krieg zwischen Serben, Kroaten und Moslems im ehemaligen Jugoslawien. Als hätte nicht noch vor einigen Jahrzehnten ein Weltkrieg, der von Deutschland ausging, Europa verwüstet. Doch gerade diese europäische Gleichgültigkeit klagten der jüdische Psychotherapeut Dr. Milan Stern aus Sarajewo und seine muslimische Frau Lelja auf der Versammlung an. Nicht nur die Regierungen Westeuropas und Nordamerikas, sondern auch die friedensbewegte Öffentlichkeit hätten dabei versagt, den Aggressor rechtzeitig und konsequent zu isolieren. Genau darauf haben wir uns bei unseren vielen kleineren und größeren Kampagnen, Eingaben, Demonstrationen und Appellen gegen den Krieg in Bosnien und Kroatien konzentriert.

So haben wir immer wieder Druck auf Griechenland ausgeübt, das die serbische Bundesarmee ununterbrochen mit Treibstoff belieferte. Erst als die meisten deutschen Zeitungen und Rundfunkstationen Ende Mai unseren Aufruf zu einem Touristenboykott Griechenlands veröffentlichten, reagierten die griechischen Behörden. Athen scheint jetzt das Embargo zu beachten, während Rumänien weiter Treibstoff nach Serbien exportiert.

In den nächsten Wochen und Monaten werden wir uns mit einer Kampagne "Stein um Stein" für die Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen aller Nationalitäten in ihre Heimatorte im zersplitterten Jugoslawien einsetzen. Wir haben bereits die Bürgermeister der deutschen Großstädte angeschrieben, damit sie schon jetzt beginnen, Patenschaften für den Wiederaufbau kroatischer und bosnischer Gemeinden zu vereinbaren.

TDV ISAM  
Kütüphanesi Arşivi /2  
No 25.2755

Bundesgeschäftsstelle  
Düstere Straße 20a  
D-3400 Göttingen

Telefon (05 51) 4 99 06-0  
Durchwahl (05 51) 4 99 06-  
Telefax (05 51) 5 80 28

Bankverbindungen  
Postgiro Hamburg (BLZ 20010020) Kto. 297 793-207  
Sparkasse Göttingen (BLZ 260 500 01) Kto. 1917

Die Gesellschaft für bedrohte Völker ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerlich absetzbar.

# NVA-Waffen in Karabach?

## Türkei soll deutsches Rüstungsgut weitergegeben haben

Göttingen (afp) — Aserbajdschan hat bei der Offensive gegen die von Armeniern bewohnte Enklave Berg-Karabach nach Angaben der Göttinger Gesellschaft für bedrohte Völker auch Waffen aus Beständen der ehemaligen Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR eingesetzt. Die Menschenrechtsorganisation berichtete am Montag unter Berufung auf Informationen aus Berg-Karabach vom Vortag, Aserbajdschan habe die NVA-Waffen von der Türkei erhalten. Diese habe einen Teil der Rüstungsgüter,

den sie im Rahmen eines Waffenlieferungsabkommens aus der Bundesrepublik bekomme, nach Aserbajdschan weitergeleitet. Darunter seien Maschinenpistolen sowie Boden-Boden- und Boden-Luft-Raketen.

Die Gesellschaft forderte Bundesaußenminister Kinkel und Verteidigungsminister Rühe auf zu garantieren, daß aus den wiederaufgenommenen Waffenlieferungen an die Türkei kein einziges Gewehr und keine Munition nach Aserbajdschan gelangt.

Süddeutsche Zeitung 16.6.1992

Baku: Mindestens 500 Armenier getötet

## Aserbajdschaner erobern Dörfer in Karabach

Eriwan bestätigt Verlust der Stadt Schaumijan / KSZE bereitet Kaukasus-Konferenz vor

Moskau (AFP) — Bei den schweren Kämpfen in Nagornyj-Karabach sind in den drei letzten Tagen vor Beginn der KSZE-Friedensgespräche in Rom nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Baku mindestens 500 Armenier getötet und tausend verletzt worden. Die aserbajdschanischen Verbände eroberten bei ihrer Großoffensive im Vorfeld der Verhandlungen in Rom vor allem im Norden der umstrittenen Berg-Enklave mindestens zwanzig Dörfer sowie die Stadt Schaumijan.

Unter Einsatz von Kampfhubschraubern und Jagdfliegern versuchten die aserbajdschanischen Verbände offenbar die Niederlagen wettzumachen, die ihnen die armenischen Einheiten im Mai in den Städten Schuscha und Latschin zugefügt hatten. Dabei setzten sie nach Informationen der Göttinger Gesellschaft für bedrohte Völker auch Waffen aus Beständen der ehemaligen Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR ein, die über die Türkei nach Aserbajdschan gelangt sein sollen.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker forderte Bundesaußenminister Kinkel und Verteidigungsminister Rühe auf, der deutschen Öffentlichkeit zu garantieren, daß aus den wiederaufgenommenen Waffenlieferungen an die Türkei kein einziges Gewehr und keine Munition nach Aserbajdschan gelangen. Sie erinnerte daran, daß türkische Politiker Armenien mit einer militärischen Intervention gedroht hatten.

Neue Zürcher Zeitung 16.6.1992

### Bericht über Waffen aus DDR-Beständen

Göttingen, 15. Juni. (sda) Aserbajdschan hat bei der Offensive gegen die von Armeniern bewohnte Enklave Nagorni Karabach nach Angaben der Göttinger Gesellschaft für bedrohte Völker auch Waffen aus Beständen der ehemaligen Nationalen Volksarmee der DDR eingesetzt. Die Menschenrechtsorganisation berichtete am Montag unter Berufung auf Informationen aus Nagorni Karabach vom Vortag, Aserbajdschan habe die Waffen von der Türkei erhalten. Diese habe einen Teil der Rüstungsgüter, den sie im Rahmen eines Waffenlieferungsabkommens aus Deutschland bekomme, nach Aserbajdschan weitergeleitet. Darunter seien Sturmgewehre sowie Boden Boden- und Boden-Luft-Raketen.

Auch in Berg Karabach haben sich die sporadischen Kämpfe zu einem Krieg ausgeweitet, vor dem Zehntausende fliehen müssen. Jetzt hat die Türkei hohe Offiziere nach Aserbaidshan gesandt, um dort eine moderne Armee aufzubauen. Um so entschiedener müssen wir uns dagegen wehren, daß die deutsche Rüstungshilfe an die Türkei wieder aufgenommen wurde.

Unsere ehrenamtliche Mitarbeiterin Irina Wießner hat die vom Land Niedersachsen finanzierte Hilfsinitiative für die 52.700 Bewohner des ehemaligen irakischen Internisierungslager Sumud in Kurdistan abgeschlossen. Sie konnten mit rund 800 Tonnen Lebensmitteln versorgt werden. Viele der Lagerinsassen sind in ihre zerstörten Dörfer in Irakisch-Kurdistan zurückgekehrt. 65 Wasserpumpen für 50 Siedlungen konnten zur Verfügung gestellt werden.

Auch den irakischen Kurden droht erneut Krieg und Vertreibung. Noch verhindert die alliierte Schutztruppe an der türkischen Grenze einen neuen Angriff Saddams. Gemeinsam mit Menschenrechtsorganisationen in anderen Ländern haben wir immer wieder versucht, Politiker und Öffentlichkeit zu mobilisieren, damit die Türkei weiter der Stationierung der internationalen Schutztruppe an der türkisch-irakischen Grenze zustimmt.

Einen sehr starken Widerhall in Presse, Funk und Fernsehen hatte unser internationaler Kongreß in Dresden, an dem neben 20 Vertretern bedeutender indianischer Organisationen aus Nord-, Mittel- und Südamerika, Unterstützergruppen aus verschiedenen europäischen Staaten sowie aus den alten und den neuen Bundesländern teilnahmen. Ausführlich wurden gemeinsame Strategien zur Selbstbestimmung bedrohter indianischer Völker und zum Schutz ihres Landes beraten.

Unsere Aktivitäten kosten sehr viel Geld. Wir sind sehr auf Ihre Hilfe angewiesen. Bitte unterstützen Sie unsere Menschenrechtsarbeit mit einer großzügigen Spende oder schließen Sie sich dem Kreis unserer 5.300 Mitglieder an.

Mit herzlichen Grüßen  
Ihr

Tilman Zülch  
Bundesvorsitzender

VW101

- Bitte informieren Sie mich über Ihre Arbeit  
 Ich abonniere pogrom — Zeitschrift für bedrohte Völker — zum Preis von DM 40,- für 8 Ausgaben jährlich  
 Ich werde Mitglied der Gesellschaft für bedrohte Völker. Mein monatlicher Beitrag beträgt DM \_\_\_\_\_

Der Mindestbeitrag beträgt DM 10,- monatlich; für Ermäßigungsberechtigte DM 5,-. **Alle Beiträge und Spenden sind in voller Höhe steuerlich absetzbar.** Eine Spendenquittung wird Ihnen unaufgefordert zu Beginn des nächsten Jahres zugesandt.

Verwenden Sie für Ihre Zahlungen nach Möglichkeit bitte nur die nebenstehende Einzugsermächtigung. Sie helfen uns damit, die Verwaltungskosten zugunsten der Menschenrechtsarbeit niedrig zu halten. Sie können selbstverständlich jederzeit widerrufen.

Herzlichen Dank für Ihre Hilfe!

**Gesellschaft für bedrohte Völker**

Gemeinnütziger Verein  
Postfach 2024 · 3400 Göttingen

**Spendenkonten:**

Postgiro Hamburg Nr. 935-200 (BLZ 200 100 20)

**Konto 1900 in Göttingen bei:**  
Städtische Sparkasse (BLZ 260 500 01)  
Bank für Gemeinwirtschaft (260 101 11)

**Einzugsermächtigung**

Hiermit ermächtige ich die Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. bis auf Widerruf, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit von meinem Konto durch Lastschrift einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung gilt

für mein pogrom-Abonnement (jährlich DM 40,-)

für meinen Mitglieds-/Förderbeitrag von DM \_\_\_\_\_

monatlich  vierteljährlich  jährlich ab (Monat) \_\_\_\_\_ 19 \_\_\_\_

Konto-Nummer \_\_\_\_\_ Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Bank/Institut \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_

Wenn mein Konto die erforderlich Deckung nicht aufweist, besteht keine Verpflichtung des Geldinstituts, die Lastschrift auszuführen.

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_ Mitgl./Kd.-Nr. \_\_\_\_\_

Straße u. Hausnummer \_\_\_\_\_ PLZ/Wohnort \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Frankfurter Rundschau 6.6.1992

## Boykott Griechenlands

Die internationale Menschenrechtsorganisation Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat zu einem Tourismusboykott Griechenlands aufgerufen. Die 120 in- und ausländischen Delegierten appellierten auf ihrer Jahreshauptversammlung in Hannoversch Münden (Kreis Göttingen) in einer Resolution „an die Völker der Welt“, „alles nur Erdenkliche zu tun, um das Blutvergießen im Restjugoslawien zu beenden“. Griechenland habe bisher alle EG-Beschlüsse über Treibstofflieferungen an die serbische Armee verhindert und Dieselöl, Benzin und Kerosin für Panzer und Kampfflugzeuge an die jugoslawischen Angreifer in das Kriegsgebiet geliefert. Deshalb werde die GfbV jetzt in einer Blitzkampagne alle europäischen Reiseunternehmen zu dem Tourismusboykott aufrufen. „Kein Urlauber kann mit ruhigem Gewissen die griechischen Strände, Inseln und die antike Kultur genießen, solange die todbringenden Transporte von griechischen Häfen auslaufen“, heißt es in der Resolution.

Harburger Anzeiger und Nachrichten  
1.6.1992

## Erschreckende Berichte aus Krisengebieten

# Göttingen: Dramatische Appelle an Menschenrechtsorganisation

dpa/Ini Göttingen. Mit dramatischen Hilfsappellen haben sich am Sonnabend auf der Jahreshauptversammlung der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) in Hann. Münden (Kreis Göttingen) Vertreter aus zahlreichen Krisengebieten an die Göttinger Menschenrechtsorganisation gewandt. Unbeachtet von der Weltöffentlichkeit seien seit 1955 im Bürgerkrieg im Südsudan rund zwei Millionen südsudanesischer Christen gestorben, die wegen ihres Landes von den muslimischen Nordsudanesen systematisch ausgerottet wurden, berichteten südsudanesis-

che Flüchtlinge. Medizinische Hilfe und Schulmaterial seien dringend erforderlich, um Krankheit und Analphabetentum zu bekämpfen. Der Krieg in Bosnien sei kein Bürgerkrieg. „Das ist ein Eroberungskrieg mitten in Europa“, sagte eine Sprecherin der Moslems aus Bosnien. „Was uns jetzt noch helfen kann, ist eine militärische Intervention, egal, ob aus den USA, Finnland oder China.“ Eine Sprecherin der kroatischen Mütter-Organisation „Festung der Liebe“ schilderte Massaker unter der Zivilbevölkerung und Aktionen, bei denen Mütter ihre Söhne aus

dem Krieg geholt hätten. Ein bolivianischer Ayoreo-Indianer berichtete vom Kampf der Ureinwohner gegen die kommerzielle Ausbeutung der Wälder und des Bodens durch Holzeinschlag und Abbau von Bodenschätzen und der damit verbundenen Zerstörung der Umwelt. An der Jahreshauptversammlung, die bis gestern dauerte, nahmen neben 150 Delegierten aus den europäischen GfbV-Sektionen in Österreich, Italien, Luxemburg und der Schweiz, zahlreiche Gäste vor allem aus Krisen- und Drittländern teil.

Freies Wort 23.5.1992

## Innenminister:

# Stopp für Flüchtlinge

Bonn/Göttingen (ADN). Für Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina und Kroatien soll bis Ende September ein Abschiebestopp aus der Bundesrepublik gelten. Das vereinbarten die Innenminister von Bund und Ländern.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat an Bundesinnenminister, Seiters appelliert, die Visumpflicht für bosnische Flüchtlinge wieder aufzuheben und damit die Entscheidung der Innenministerkonferenz zu revidieren. Die Menschenrechtsorganisation begrüßt zwar, daß eine Kontingentlösung für bosnische Flüchtlinge in Aussicht gestellt wurde. Das sei allerdings nicht mit einer Visumpflicht vereinbar. Es wird darauf verwiesen, daß mit dem Kontingentflüchtlingengesetz von 1978 die gesetzliche Voraussetzung für eine Aufnahme von besonders gefährdeten Flüchtlingen gegeben sei.

Frankfurter Rundschau 25.5.1992

# Hilfe für Flüchtlinge angemahnt

## Beibehaltung der Bonner Visumpflicht für Bosnier verurteilt

FRANKFURT A. M., 24. Mai (AP/dpa/Reuter/AFP). Die Gesellschaft für bedrohte Völker hat den Beschluß der bundesdeutschen Innenminister, an der Visumpflicht für Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina festzuhalten, scharf kritisiert. Der Vorsitzende der Organisation, Tilmann Zülch, sprach am Wochenende im Saarländischen Rundfunk von einer „verantwortungslosen Haltung“. Die Innenminister von Bund und Ländern hatten ihre Entscheidung am Freitag damit begründet, daß ohne Visumpflicht eine „nicht mehr steuerbare Einwanderungswelle“ zu befürchten sei.

Mit dem Beschluß werde dem kleinen Kroatien, dessen Territorium noch zu einem Viertel besetzt sei, die große Flüchtlingslast aufgebürdet, sagte Zülch. Ein Visumzwang könne nur akzeptiert werden, wenn Bonn ein Gesamtkonzept für die Aufnahme von Flüchtlingen erstelle und sich finanziell mehr engagiere.

Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Herta Däubler-Gmelin verlangte umgehend eine europäische Quotenregelung zur Aufnahme von Jugoslawien-Flüchtlin-

gen. Die Vertriebenen brauchten schnell eine vorübergehende Bleibe, sagte sie in Bonn. „Aber ein Land allein kann das nicht leisten.“ Deshalb müßten die Regierungen in Europa sich umgehend auf eine Quotenregelung zur Aufnahme der Flüchtlinge verständigen.

In der kroatischen Hafenstadt Split trafen über 5000 Flüchtlinge aus Bosnien ein, die von der serbischen Miliz fast drei Tage lang nahe Sarajewo festgehalten worden waren. Nach Ankunft der ersten Fahrzeuge teilten die kroatischen Behörden mit, es seien noch mehr Busse und Privatwagen unterwegs. Die Geflohenen, darunter schwangere Frauen und Kleinkinder, sollten in Split bis zur Weiterreise in einem Busdepot einquartiert werden. Im italienischen Triest trafen 500 bosnische Flüchtlinge ein.

Das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für das Flüchtlingswesen (UNHCR) hat seine Arbeit in Bosnien-Herzegowina „für den Augenblick“ eingestellt. Wie eine UNHCR-Sprecherin in Genf mitteilte, sei die Lage für die rund 20 Mitarbeiter zu gefährlich geworden.